



Hubert Zimmermann

# Militärische Missionen

Rechtfertigungen bewaffneter  
Auslandseinsätze in Geschichte  
und Gegenwart



Leseprobe

Hamburger  Edition

Hubert Zimmermann

# Militärische Missionen

Rechtfertigungen bewaffneter  
Auslandseinsätze in Geschichte  
und Gegenwart

# Einleitung.

## Deutungskämpfe um militärische Auslandsinterventionen<sup>1</sup>

### Der Streit um die amerikanische (Nicht)Intervention in Syrien

Barack Obama hatte genug: »Samantha, es reicht jetzt! Ich habe dein Buch schon gelesen!« Diese scharfe Zurechtweisung aus dem Munde eines so gut wie nie unbeherrschten Präsidenten ereignete sich während einer spannungsgeladenen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats der USA im Sommer 2013.<sup>2</sup> Sie galt Samantha Power, der Frau, die er kurz zuvor als amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen nominiert hatte. In der Sitzung ging es um die Frage, ob die USA im Syrienkonflikt militärisch intervenieren sollten. Mitte August dieses Jahres war bekannt geworden, dass der syrische Diktator Baschar al-Assad skrupellos Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hatte. In der regierungsinternen Kontroverse war Samantha Power die leidenschaftlichste Befürworterin eines Einsatzes des amerikanischen Militärs. Die ursprünglich aus Irland stammende Diplomatin hatte in den 1990er Jahren als Reporterin für verschiedene Medien aus den humanitären Krisengebieten der Welt berichtet. Von dort schrieb sie aufsehenerregende und schockierende Augenzeugenberichte von Kriegsverbrechen, insbesondere aus dem bosnischen Bürgerkrieg. Sie verarbeitete diese Erfahrungen in ihrem 2003 erschienenen Buch mit dem Titel *A Problem from Hell: America in the Age of Genocide*, in dem sie die amerikanische Zurückhaltung bei zahlreichen Völkermorden des 20. Jahrhunderts scharf kritisierte. Das desinteressierte Wegsehen der US-Politik sowie ihre Ignoranz bei offensichtlichen Massenverbrechen, trotz der verfügbaren

---

1 Für Kommentare zu diesem Kapitel danke ich Armin Schäfer. Marianna Mavroidoulou danke ich für tolle Recherchen und die Arbeit am Literaturverzeichnis.

2 Goldberg, »The Obama Doctrine«.

überwältigenden Machtressourcen, widersprächen den Grundwerten und der Identität der Vereinigten Staaten. Gerade die USA, so Power, hätten die Pflicht, bei fundamentalen Menschenrechtsverstößen ihre militärische Macht einzusetzen.

*A Problem from Hell* stürmte die Bestsellerlisten für Sachbücher und brachte Samantha Power den Pulitzer-Preis ein. Das Buch erregte auch die Aufmerksamkeit des damaligen US-Senators Barack Obama, der die Autorin erst zur außenpolitischen Beraterin in seinem Wahlkampfteam machte, um sie dann, nach seiner Wahl zum Präsidenten, in den Nationalen Sicherheitsrat zu berufen.<sup>3</sup> Dort war sie verantwortlich für Menschenrechtsfragen und sprach sich, entsprechend der Botschaft ihres Buches, immer wieder für einen entschiedenen Einsatz des amerikanischen Militärs bei humanitären Krisen aus. Wie viele andere in der Regierung drängte sie den Präsidenten zu energischem Handeln, als sich die 2011 beginnenden Unruhen in Syrien, deren Ursprung in Protesten der Bevölkerung gegen die Diktatur Bashar al-Assads lag, zu einem immer brutaler werdenden Bürgerkrieg wandelten und schließlich zur bisher größten humanitären Katastrophe des 21. Jahrhunderts wurden.

Zur zunehmenden Frustration der Interventionsbefürworter in seiner Regierung, erwies sich der Präsident jedoch als sehr zögerlich und blockierte jedes größere Engagement des US-Militärs im Krisenherd. Dabei hatte sich Obama in seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises im August 2011 noch klar für die Notwendigkeit eines robusten Eingreifens ausgesprochen, wenn es durch Diplomatie und wirtschaftlichen Druck nicht gelänge, massive Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Als aber in Syrien der Moment der Entscheidung kam, überwog die Vorsicht. Vordergründig waren die katastrophalen Erfahrungen, die die Vorgängerregierung im Irak gesammelt hatte, der Grund. »Don't do stupid shit!« wurde zum viel zitierten Mantra Obamas, und dazu gehörte eine Intervention in Konflikte, deren unübersichtliche Gemengelage in den USA von nur wenigen Expertinnen verstanden wurde und die keine essenziellen nationalen Interessen betrafen. Auch als der Präsident öffentlich eine »rote Linie« zog, nämlich den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, und das Assad-Regime diese Linie mit seinem Chemiewaffeneinsatz überschritt, entschied er sich für eine zurückhaltende Strategie, die seine Außenministerin Hillary Clinton, den Nahost-Sondergesandten John Kerry, Samantha Power und viele andere in

---

3 Samantha Power schildert ihren Weg und Aufstieg in ihren lesenswerten Memoiren: Power, *Education of an Idealist*.

der Regierung vor den Kopf stieß. Jedoch: Für eine unilaterale Intervention mit ungewissen Erfolgsaussichten und auf einer nicht gesicherten Faktenbasis reichten Obama die Argumente, die seine Beraterinnen und Berater präsentierten, nicht aus. Es sei gerade nicht die Verantwortung der Amerikaner, so insistierte er, immer wieder bei humanitären oder sonstigen Konflikten das Leben der eigenen Soldaten sowie die eigenen nationalen Interessen aufs Spiel zu setzen.

Die abrupte Kehrtwende des Präsidenten wurde in den Medien und im Kongress heftig kritisiert. Ausgerechnet der russische Präsident Wladimir Putin half ihm letztlich aus der Zwickmühle, indem er zustimmte, gemeinsam mit den USA Druck auf Assad auszuüben, damit dieser seine Chemiewaffen vernichtete. Angesichts dieser vereinten Front knickte der syrische Diktator ein, wenn auch, wie sich bald zeigen sollte, nur scheinbar. Schließlich war es auch Putin, der wenig Skrupel hatte, mit der direkten und rücksichtslosen Intervention russischer Luftstreitkräfte im Syrienkonflikt eine entscheidende Wende zu erzwingen. Die Vermutung dürfte nicht gewagt sein, dass humanitäre Aspekte bei der russischen Militäraktion eine ziemlich geringe Rolle spielten.

Die Syriendebatte sowie die Besetzung der Krim und schließlich der Angriffskrieg gegen die Ukraine markierten einen Wendepunkt in der internationalen Politik. Eine Periode umfangreicher globaler und multinationaler Interventionen ging zu Ende und wurde durch einen neuen Anti-Interventionismus abgelöst. Dabei sind sowohl innenpolitisch bei den wichtigsten Interventionsmächten als auch international aufgrund der aktuellen geopolitischen Konstellation nach den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts die Bedingungen für neue größere Auslandsinterventionen kaum noch gegeben.<sup>4</sup>

Diese Geschichte der Auslandsinterventionen macht deutlich, dass derartige Perioden der Zurückhaltung nicht ungewöhnlich sind, aber auch nach einiger Zeit wieder enden. Der bewaffnete Auslandseinsatz als Instrument der internationalen Politik wird bleiben und irgendwann wieder häufiger angewandt werden, jedenfalls solange das internationale System grundsätzlich in Form einer Welt von Staaten organisiert ist. Die Kontroverse in der Obama-Regierung zeigt jedoch beispielhaft, wie umstritten die Problematik von Interventionen zu jeder Zeit ist und wie schwierig es ist, diese zu rechtfertigen, selbst im Angesicht massenhaften Sterbens, der Vertreibung von Millionen von Menschen und des Einsatzes international geächteter Massenvernichtungswaffen. Huma-

---

4 Zimmermann, »The End of the Age of Military Intervention«.

nitäre Argumente, Sicherheitsinteressen, rechtliche Aspekte, wirtschaftliche und technologische Faktoren führen zu komplexen normativ-philosophischen und realpolitischen Kontroversen im Spannungsfeld von verletzter Souveränität der betroffenen Staaten und globalen Werten. Mit den resultierenden Fragen plagten sich politisch Handelnde und politische Denker und Denkerinnen seit Jahrhunderten. Trotz vieler schlechter Erfahrungen kam es immer wieder zu Interventionen, die häufig katastrophal endeten und von vornherein zum Scheitern verurteilt schienen. Wie wurden sie gerechtfertigt, auch wenn in der Regel viele offensichtlich rationale Beweggründe dagegensprachen?

Im ersten Teil dieses Buches wird gezeigt, wie sich die wichtigsten Argumente für und gegen militärische Interventionen bis ins 20. Jahrhundert entwickelten. Wir werden sehen, wie unterschiedliche Großmächte und Kulturen um Rechtfertigungsfragen rangen und was ihre jeweilige Haltung zu militärischen Auslandsinterventionen über das Selbstbild dieser Gesellschaften aussagt. So werden auch die Debatten in Afrika und Asien, jene Regionen, die meist zum Opfer westlicher Interventionen wurden, komprimiert dargestellt und verglichen. Hier geht es nicht um eine erschöpfende Darstellung der Interventionsproblematik auf diesen Kontinenten, denn auch dort gibt es, wie auch in westlichen Staaten, viele unterschiedliche Sichtweisen auf Auslandseinsätze. Vielmehr sollen nichtwestliche Perspektiven aufgezeigt werden und die Tatsache, dass hier ähnliche Motive wie in westlichen Debatten auftauchten. Interventionen sind kein rein westliches Konzept, aber es sind westliche Staaten gewesen, die in den letzten zwei Jahrhunderten die Mehrzahl dieser Einsätze zu verantworten hatten. Im zweiten Teil wird der Fokus auf spezifische Länder gelegt. Insbesondere die USA und Frankreich waren weltweit aktiv, aber auch Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten, immer begleitet von erregten Kontroversen, vielfach militärisch im Ausland engagiert. Die detaillierte Darstellung der Auseinandersetzungen um Interventionen in diesen Ländern bildet den Kern der Untersuchung. Es geht ausdrücklich nicht darum, den Verlauf von militärischen Interventionen im Detail nachzuzeichnen, ihren Erfolg und Misserfolg anhand bestimmter Kriterien zu bewerten oder den »Wahrheitsgehalt« der durch die handelnden Akteure vorgebrachten Interventionsbegründungen nachzuprüfen und zu bewerten. Dies haben andere zu Genüge getan, und die entsprechende, ausgesprochen umfangreiche Literatur findet sich im Literaturverzeichnis. Hier geht es vielmehr um die *Interventionsdebatten* und darum, was diese über die jeweiligen Gesellschaften aussagen.

Dieses Buch ist aufgrund der umfassenden Thematik notwendigerweise ein Überblickswerk. Deshalb wird vor allem auf die kaum mehr überschaubare und enorm ausdifferenzierte historische, politik- und rechtswissenschaftliche Literatur zur Rechtfertigung von Interventionen zurückgegriffen. Wo immer es möglich ist, werden jedoch auch Originalquellen und archivarische Dokumente herangezogen, insbesondere in den Kapiteln zu den USA, Deutschland und Frankreich. Memoiren und Selbstzeugnisse der handelnden Personen, Reden und Meinungsbeiträge, aber auch literarische und visuelle Quellen sollen die gesellschaftlichen Debatten um Interventionen in allen Facetten nachzeichnen.

Bevor wir jedoch in Ursprünge dieser Kontroversen eintauchen, muss geklärt werden, was eine militärische Auslandsintervention im Sinne dieses Buches eigentlich ist und was sie von einem konventionellen Krieg unterscheidet.

## Was sind militärische Auslandsinterventionen?

Militärische Eingriffe in fremden Territorien gehören zu den wichtigsten Triebkräften der Weltgeschichte. Die Ursachen kriegerischer Feldzüge lagen gewöhnlich begründet in der Gier nach Macht, Territorium und Reichtümern. Gerechtfertigt wurden diese Kriege aber nicht durch so profane Motive, sondern meist durch messianisches Sendungsbewusstsein, historisch konstruierte Ansprüche oder ethnisch motivierten Paternalismus und Herrenmenschentum. Die Eroberungszüge Alexanders des Großen, die jahrhundertlange, blutige Entstehung des Römischen Reichs, die Ausbreitung des Osmanischen Reichs, die Raubzüge eines Dschingis Khan, Napoleons Eroberungen, Hitlers Vernichtungskriege und nicht zuletzt Russlands Angriff auf die Ukraine beruhten auf einer Gemengelage derartiger Motive. Die Präsenz der Eroberer brachte für die betroffenen Gebiete meist den Verlust politischer Autonomie, die Verdrängung der bisherigen Herrscher und oft genug Ausbeutung, Vertreibung und Versklavung mit sich. Nicht erst seit dem Ende des 20. Jahrhunderts, aber seitdem vermehrt, hat sich jedoch ein neuer Typus von militärischen Eingriffen jenseits des eigenen Territoriums etabliert, der zu einem bestimmenden Merkmal der globalen Politik des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts geworden ist: Es sind dies kurz- und längerfristige militärische Interventionen im Ausland, die (jedenfalls vordergründig) nicht mehr vornehmlich auf Vergel-

tung, Eroberung oder Machtgewinn abzielen, sondern auf den Export von Sicherheit durch die Stabilisierung und Befriedung fremder Territorien. Nicht mehr Verteidigung gegen Aggressionen, schlichte Ausbeutung oder territorialer Zugewinn, sondern Unterstützung und positiver Wandel durch bewaffnete Gewalt ist das vorgebliche Ziel dieser militärischen Auslandsinterventionen.

Auch Deutschland hat nach langem Zögern dieses Instrument inzwischen vielfach eingesetzt, trotz der damit verbundenen scharfen gesellschaftlichen Kontroversen. Die mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Intervention in Afghanistan war fundamental für diese Debatten. Je länger sich der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hinzog und je höher die Zahl der getöteten Soldaten wurde, desto intensiver wurde in Deutschland die Auseinandersetzung über die Bezeichnung für das, was da am Hindukusch geschah. War es nicht an der Zeit, die verharmlosende Rede vom Stabilisierungseinsatz oder bewaffneten inneren Konflikt beiseitezuschieben und die Intervention als das zu bezeichnen, was die Zahl der Toten und Verwundeten schon lange suggerierte: einen Krieg? Im März 2010 war es dann so weit. Der neue Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg spricht von »kriegsähnlichen Zuständen« und davon, dass man den Konflikt »umgangssprachlich« durchaus als Krieg bezeichnen könne.<sup>5</sup> Aber auch wenn es für die Toten und Verwundeten keinen Unterschied macht: Der Afghanistaneinsatz war kein klassischer Krieg, sondern eine militärische Auslandsintervention.

Wo genau aber liegt der Unterschied? Die Grenzen sind zwar in der Tat fließend, aber es gibt einige Merkmale, die militärische Auslandsinterventionen, von denen dieses Buch handeln soll, deutlich von klassischen Kriegen unterscheiden. Eine militärische Auslandsintervention wird in der wissenschaftlichen Literatur definiert als grenzüberschreitender Einsatz von militärischen Mitteln mit dem Ziel, die innere Politik des betroffenen Landes radikal zu beeinflussen und zu ändern.<sup>6</sup> Es geht dabei, wie gesagt, nicht um Eroberung, Aggressionsabwehr oder reine Durchsetzung von Machtansprüchen gegen einen gegnerischen Staat, wie beim klassischen Krieg. Während Kriege die Souveränität des an-

---

5 »Guttenberg: »Kriegsähnliche Zustände«, in: FAZ, 3.11.2009.

6 MacFarlane, *Intervention*, S. 7; Recchia/Welsh, *Just and Unjust Military Intervention*, S. 5; Rinke/Formella/Ludemann, »Interventionen«; Lang, *Agency and Ethics*, S. 3 (»Military intervention is the use of armed troops to effect a change in the political system of a sovereign state without prior permission and without declaring war«).

gegriffenen Landes eindeutig missachten, wird diese bei der Intervention lediglich zeitweise eingeschränkt, verändert oder suspendiert.<sup>7</sup> Die verkündete Intention militärischer Auslandsinterventionen ist die Änderung des Status quo im Zielland im Hinblick auf (»altruistische« oder »idealistische«) Ziele wie humanitäre Hilfe, innergesellschaftliche und regionale Stabilität oder Friedensschaffung. Die Übergänge zu Kriegen sind allerdings unscharf: Interventionen können auch auf ganz und gar nichtaltruistischen Motiven beruhen und dennoch schlimmes Morden beenden (wie die vietnamesische Intervention in Kambodscha 1978).<sup>8</sup> In seltenen Fällen stimmen die lokalen Autoritäten im betreffenden Land der Intervention zu; meist geht es aber um Einhegung ihres Machtanspruchs und ihrer Machtausübung. Auf jeden Fall trifft die Auslandsintervention, im Gegensatz zu einer von den Konfliktparteien akzeptierten Friedenssicherungsmission, wie sie etwa die Vereinten Nationen durchführen, auf den Widerstand eines signifikanten Teils der Zielgesellschaft und ist damit ausgesprochen risikobehaftet. Kennzeichnend war bis vor Kurzem noch der Einsatz von Bodentruppen in dem Land, dessen interne Situation verändert werden soll. Neue Technologien, wie militärische Drohnen, erlauben neue Formen der Auslandseinsätze, die weniger riskant für die Interventionsmächte sind. Sie können aber (zumindest bis jetzt) die bisherigen wesentlichen Zielsetzungen von Interventionen nicht umsetzen.

Ein weiterer zentraler Unterschied zum klassischen Krieg ist, dass bei Interventionen eine formelle Kriegserklärung oder äquivalente offen erklärte Intention fehlt: Es handelt sich nicht um einen »regulären« bewaffneten Konflikt zwischen Staaten um Territorium, Ressourcen oder andere Machtansprüche. Interventionen können aber sehr wohl in klassische Kriege münden, wie der Vietnamkrieg, der als Intervention zur Unterstützung des französischen Anspruchs auf Indochina und zur Abwehr kommunistischer Rebellen begann und schließlich in einem brutalen Bombenkrieg mit Nordvietnam und den im Süden operierenden Vietcong endete. Klassische Kriege können aber auch zu einer Auslands-

---

7 Lawson/Tardelli, »The Past, Present and Future of Intervention«.

8 Es gibt einige Versuche, Datensets für alle militärische Interventionen zu entwerfen, die allerdings sehr unterschiedliche Kriterien anwenden, beispielsweise: MILINDA, »Military and Non-Military Interventions Dataset; 1947–2016«; <https://lehrstuhl.lib.uni-goettingen.de/sonstiges/milinda> [26.02.2023]; PRIF, »Humanitarian Military Interventions Dataset«; <https://reliefweb.int/report/world/humanitarian-military-interventions-dataset> [26.02.2023]; Kisangani/Pickering, »International Military Intervention, 1989–2005«.

intervention mutieren, wie der erste Irakkrieg, der mit der Kampagne zur Rückeroberung Kuwaits gegen die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein begann. Er mündete schließlich in eine Intervention zum Schutz bedrohter Minderheiten im Irak, deren brutale Unterdrückung das irakische Regime zur Stabilisierung seiner Herrschaft nach der militärischen Niederlage in die Wege leitete. Auch daran zeigen sich die verschwommenen Grenzen zwischen Krieg und Intervention: Was für die angreifende Macht eine begrenzte Intervention ist, repräsentiert für die Angegriffenen häufig nichts anderes als eine Kriegserklärung. Gerade nichtwestliche Gesellschaften sehen in militärischen Interventionen häufig nur das Eingreifen »eines imperialen Zentrums gegenüber einer machtpolitischen Peripherie, die zumeist auch wirtschaftlich dem Zentrum untergeordnet ist«.<sup>9</sup>

Militärische Interventionen werden in der Tat, und dies ist aufgrund der notwendigen Machtressourcen nicht anders denkbar, fast immer von Großmächten oder Koalitionen von Groß- und Mittelmächten durchgeführt (und diese sind selbst nie das Ziel von Interventionen). Das Zielland hat nur geringe Mittel, dem intervenierenden Land Schaden zuzufügen. Trotz dieser Machtasymmetrie handelt es sich aber in den allermeisten Fällen um eine multilaterale oder multilateral sanktionierte Aktion, da nur so der unvermeidbare Verdacht einzudämmen ist, es ginge in Wirklichkeit ausschließlich um egoistische Ziele. Multilateralismus oder eine multilaterale Autorisierung ist also ein weiteres typisches Kennzeichen einer Auslandsintervention.<sup>10</sup>

Ausländische Interventionen in Konflikten müssen nicht militärisch sein, und sie sind es auch in der Tat nur in den wenigsten Fällen. Sanktionen, diplomatischer Druck oder Propaganda sind Mittel, die in der Regel vor und oft in Kombination mit militärischen Auslandsinterventionen durchgeführt werden. Begrenzte militärische Kommandoaktionen, wie die zahlreichen bewaffneten Missionen von Staaten, um bedrohte Landsleute zu retten, um spezifische Ziele zu eliminieren, zum Beispiel Terroristen wie Osama bin Laden und den Anführer von ISIS, Abu Bakr al-Baghdadi, oder um schlicht politischen Druck auszuüben, sind häufige Vorkommnisse. Aber es handelt sich dabei ebenfalls nicht

---

9 Osterhammel, »Krieg im Frieden«, S. 292.

10 G. Lyons und M. Mastanduno sehen dies sogar als zentrales Merkmal von Interventionen: »International Intervention may be understood as the crossing of borders and infringements of sovereignty carried out by, or in the name of, the international community«, Lyons/Mastanduno, »Introduction«, S. 12.

um militärische Interventionen im hier verwendeten Sinn. Es geht auch nicht um die Absicherung eines durch Verhandlungen oder Erschöpfung erreichten Status quo, wie bei der traditionellen Friedenssicherungsmission der UNO (Peacekeeping).

Thema dieses Buches sind also militärische Interventionen, die unterhalb der Schwelle klassischer Kriege stattfinden und in denen es darum geht, in einer auf begrenzte Zeit angelegten, fast immer multilateralen Aktion die Herrschaftsstrukturen in einem anderen Staat<sup>11</sup> mit militärischen Mitteln zu verändern oder zu konservieren, und zwar gegen den Willen der betreffenden Regierung oder eines signifikanten Teils der Zielgesellschaft. Dies geschieht aus Gründen, die nicht nur der Stabilisierung und Erweiterung des Machtbereichs der intervenierenden Mächte oder der direkten Abwehr von echten und vermeintlichen Aggressionen dienen, sondern vielmehr im (erweiterten) Sicherheitsinteresse einer größeren internationalen Koalition liegen und den Kampf gegen gravierende Verletzungen ihres Wertesystems aufnehmen.<sup>12</sup> Diese Definition ist, der Natur des Phänomens entsprechend, unscharf, und einige der in diesem Buch behandelten Episoden entsprechen ihr nur teilweise. Die dabei verwendeten Rechtfertigungsdiskurse sind jedoch von Bedeutung für die Legitimation von Interventionen und werden deshalb mitbehandelt.

---

11 Christian Reus-Smit argumentiert, dass ein Fokus auf Interventionen in Staaten und die Verletzung ihrer Souveränität die Tatsache vernachlässigt, dass es Interventionen in territoriale und funktionale Machtstrukturen schon vor der Herausbildung des modernen Staatensystems gab. Er schlägt daher folgende Definition für Interventionen vor: »International intervention is the transgression of a unit's realm of jurisdiction, conducted by other units in an order, acting singly or collectively«, Reus-Smit, »The Concept of Intervention«. Hiermit wären allerdings fast alle Eingriffe in fremde Territorien oder Gesellschaften miteingeschlossen. In diesem Buch geht es hingegen um Interventionen in Staaten. Deren friedliche Koexistenz beruht wesentlich auf dem Prinzip der Nichtintervention, dessen Verletzung eben deshalb in hohem Maße rechtfertigungsbedürftig ist.

12 Es geht also um übergeordnete Werte und Normen der internationalen Gemeinschaft, deren Gehalt sich im Laufe der Zeit wandelte, wie in diesem Buch gezeigt wird. Ein zentrales Problem ist hierbei, die tatsächlichen Motivationen der Akteure herauszuarbeiten. Dies ist aber nicht das Ziel dieses Buches. Gezeigt werden soll, wie sich im Laufe der Zeit die Begründungen für Auslandsinterventionen entwickelten.

## Die Rechtfertigung militärischer Auslandsinterventionen: Konturen einer nicht lösbaren Kontroverse

Trotz ihrer behaupteten altruistischen Zielsetzung, ihres zeitlich begrenzten Charakters und der üblicherweise multilateralen Absicherung sind militärische Auslandsinterventionen immer äußerst umstritten. Kein Phänomen der internationalen Politik der Jahrtausendwende wirft so viele komplexe und moralisch widersprüchliche Fragen auf. Sie befindet sich in dem schmerzhaften Spannungsfeld, das der erste grüne Außenminister Joschka Fischer mit den Polen »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« markiert hat. Kann ein politisches Instrument, das oft kaum vom traditionell größten Grundübel internationaler Beziehungen, dem Krieg, zu unterscheiden ist, im Sinne moralischer Imperative eingesetzt werden? Wann ist grenzüberschreitender Waffeneinsatz gerechtfertigt, um hehre Ziele wie Sicherheit, Freiheit, Schutz der Menschenrechte und Gerechtigkeit zu erzwingen? Und praktisch gewendet: Wo liegt die Grenze, an der der Nutzen der Intervention sowohl für das betroffene Land als auch das eigene Land den angerichteten Schaden überwiegt? Können militärische Interventionen als präventive Maßnahmen gerechtfertigt werden, wenn von einem Staat gravierende Bedrohungen für die eigene Sicherheit und für die Menschenrechte in diesem Staat zu befürchten sind? Und wer soll über die Rechtmäßigkeit einer Intervention entscheiden? Die in der Regel blockierten Vereinten Nationen? Oder ein Konzert mächtiger Staaten? Wie sieht es mit der Mitsprache der Betroffenen aus? Es sind diese schwierigen Fragen, die generell bei den meisten Beobachtern zu einer sehr skeptischen Sicht auf Auslandseinsätze führen.

Die Kritik an Interventionen kommt aus zwei grundsätzlichen Richtungen. Befürworter:innen nationaler Souveränität und Selbstbestimmung wehren sich vehement gegen die Idee, dass innerstaatliche Konflikte durch Einmischung von außen gelöst werden können und sollten. Russland und China sind in der aktuellen Politik die lautesten und mächtigsten Vertreter dieser Position in der internationalen Politik; allerdings wird diese Haltung auch von vielen anderen Staaten geteilt, wie insbesondere im Kapitel über Asien gezeigt wird. Prinzipiell geht es bei dieser Art Kritik um das Recht der Selbstbestimmung für Kollektive. Diesen Punkt hat schon Immanuel Kant betont. Menschliche Gesellschaften, so schrieb er, aber auch John Stuart Mill und viele andere, sollten die Zeit und die Freiheit haben, ihre eigenen Herrschaftsstrukturen zu entwickeln, selbst um den Preis von langanhaltenden Konflik-

ten bis hin zu Bürgerkriegen. Es gibt eine unübersehbare Vielzahl an Variationen davon, was unterschiedliche Gruppen unter einer ihnen angemessenen Herrschaftsstruktur verstehen. Dies müsse respektiert werden. Stellvertretend für dieses Argument steht Michael Walzer, der Autor des meist zitierten Werks zu gerechten und ungerechten Kriegen.<sup>13</sup> Die Rechte der Individuen, ihre Überzeugungen und Loyalitäten speisen sich seiner Meinung nach wesentlich aus ihrer Zugehörigkeit zu Gruppen. Deren Autonomie und Souveränität zu wahren und nicht zu verletzen, sei deshalb ein fundamentales Gebot, und dies gelte gerade auch für eine staatliche Gemeinschaft, solange dort nicht kapitale Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen würden. Menschliche Gesellschaften, seien es Staaten, religiöse Gruppen oder andere Kollektive, weisen laut Walzer eine sehr tief verwurzelte Basis kollektiv geteilter Werte auf, wohingegen die internationale Gemeinschaft allenfalls eine recht dünne Schicht allgemeiner Wertgrundsätze miteinander teile.<sup>14</sup> Jenseits dieser nicht verhandelbaren fundamentalen Grundregeln hätten Gesellschaften einen breiten Raum, wie sie ihre eigenen Angelegenheiten gestalten. Dies müsse ohne Einmischung von außen möglich sein. Laut einer solchen meist als »kommunitaristisch« bezeichneten Sicht könne es eine globale ausgleichende Gerechtigkeit und global geteilte Normvorstellungen nur in einem sehr begrenzten Ausmaß geben.

Die zweite prinzipielle Kritik an Interventionen wird von denjenigen formuliert, die argumentieren, dass aus dem Einsatz militärischer Mittel nie Gutes erwachsen kann. Auf lange Sicht sei der Schaden immer höher als kurzfristiger Nutzen. Außerdem handele es sich bei Interventionen zudem um eine Art »säkulare Kreuzzüge« oder eine Art »kosmopolitische Verpolizeilichung« der internationalen Politik.<sup>15</sup> Mächtige Staaten sehen sich danach auf einer bewaffneten Mission, um ihre Werte, aber natürlich vor allem Interessen, durchzusetzen. Hinter humanitären Argumenten verstecke sich in Wahrheit der Machtanspruch imperialer Zentren.<sup>16</sup> Paternalistische, rassistische und scheinheilige Vorstellungen motivieren anhaltende Einmischung, Ausbeutung und Unterdrückung. In beiden Argumentationslinien, der kommunitaristischen und der herrschaftskritischen Interventionsverurteilung, sind

---

13 Walzer, *Gibt es einen gerechten Krieg?*

14 Walzer, *Thick and Thin: Moral Argument at Home and Abroad*; siehe auch: Stullerova, »Cruelty and International Relations«, S. 78.

15 Rink, »Was ist ›Krieg‹? Was nennen wir ›Krieg‹?«, S. 55.

16 Chimni, »Justification and Critique«.

sich deren Vertreter:innen einig, dass hinter selbstlosen Argumenten für eine Intervention praktisch immer handfeste Interessen stehen, die nur durch hochtrabende Rhetorik verschleiert werden sollen. Diese Argumente beruhen deshalb auf moralisierenden Doktrinen, deren imperialistischer Kern nur mühsam durch die »altruistische« Fassade verschleiert werde.<sup>17</sup> Ein ähnliches Argument wird auch von ganz rechts gegen militärische Interventionen aus humanitären Gründen vorgebracht. Beispielsweise argumentierte der oft als »Kronjurist des Dritten Reichs« bezeichnete, gleichwohl bis heute einflussreiche Verfassungsrechtler Carl Schmitt, dass ein Krieg im Namen der Menschlichkeit kein Krieg für die Menschheit sei, sondern »ein Krieg, in dem ein bestimmter Staat ein universelles Konzept gegen seinen Gegner instrumentalisiert« und sich dabei selbst zum Vertreter der Menschheit erklärt. Intervention wäre somit ein »besonders brauchbares ideologisches Instrument imperialistischer Expansion und in ihrer ethisch-humanitären Form ein spezifisches Vehikel des ökonomischen Imperialismus. Hierfür gilt [...] ein von Proudhon geprägtes Wort: Wer Menschheit sagt, will betrügen.«<sup>18</sup> Sowohl die Motive, als auch die zu erreichenden Vorteile für die betroffenen Zielgebiete und deren Bevölkerung, insbesondere aber auch für die eigene Gesellschaft, werden so aus ganz unterschiedlichen politischen und normativen Standpunkten radikal infrage gestellt.

Befürworterinnen und Befürworter von Interventionen hingegen berufen sich oft stillschweigend auf das Diktum des athenischen Historikers Thukydides, dass »das Machbare jedoch die Überlegenen durchsetzen und die Schwachen hinnehmen«.<sup>19</sup> Sie sehen Interventionen achselzuckend als ein unvermeidbares Element der Interessenverfolgung durch mächtige und souveräne Staaten. Viele Beobachter der Globalisierung halten aber eben diese staatliche Souveränität im 21. Jahrhundert für einen Mythos, der zunehmend durch eine globalisierte Weltgesellschaft ersetzt wird. In einer derartigen postnationalen Konstellation könnte, so die Hoffnung, ein globaler Korpus an Regeln und Normen entstehen, welcher ein konstruktives Zusammenleben auf internationaler Ebene ermöglicht. Eines der zentralen Elemente wäre die Idee einer gegenseitigen Schutzverantwortung (Responsibility to Protect; R2P) werden, die vor staatlichen Grenzen nicht haltmachen

---

17 Beispielsweise: Mamdani, »Responsibility to Protect or Right to Punish?«; Mutua, »Savages, Victims and Saviors«.

18 Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, S. 55.

19 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg*, S. 927.

dürfe – eine Position, die auch Samantha Power in ihrem Buch vertrat. Mit der von der UNO im Jahr 2005 verabschiedeten R2P war zumindest theoretisch der weite Weg vollzogen vom Interventionsverbot eines auf staatlicher Souveränität basierenden globalen Systems zum Interventionsgebot innerhalb einer Weltgesellschaft, in denen Grenzen nicht mehr gleichzeitig Grenzen zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen mit jeweils eigener Legitimität markieren (vgl. Kap. VII). Diese kosmopolitische Interventionsbefürwortung, der wir in den folgenden Kapiteln in recht unterschiedlichen Formen immer wieder begegnen werden, wird beispielsweise durch die amerikanische Philosophin und Politikwissenschaftlerin Judith N. Shklar in prägnanter Weise vertreten.

In ihren berühmten Essays *Der Liberalismus der Furcht* und *Putting Cruelty First* argumentierte Shklar, dass das politische Denken seinen Ausgangspunkt nicht in einer Idealvorstellung des guten Lebens, sondern in der Verhinderung des größten Übels, nämlich der menschlichen Grausamkeit, nehmen müsse. Diese furchterregende Grausamkeit erreiche ihren Zenit im verbrecherischen Potenzial totalitärer Staaten. Die immer vorhandene Gefahr staatlicher Unterdrückung müsse deshalb durch demokratische Strukturen, die liberale Freiheitsrechte für alle garantieren, eingedämmt werden. Der Kampf gegen die alles zersetzende Furcht, die durch staatliche Brutalität hervorgerufen werde, könne aber laut Shklar nicht an Staatsgrenzen haltmachen. Liberalismus, so schrieb sie, sei per definitionem kosmopolitisch und bedeute, »dass die Verletzung von Leben und Freiheit jedes Mitglieds einer Rasse oder Gruppe wo auch immer auf der Welt von essentieller Bedeutung sei.«<sup>20</sup> Shklar selbst musste in ihrer Kindheit die Folgen staatlicher Unterdrückung erfahren. Geboren in eine jüdische Familie im lettischen Riga, floh sie vor dem deutschen Vormarsch über Japan und Kanada in die USA. Von dort beobachtete sie den stalinistischen Terror in ihrer Heimat und machte die Bedingungen der Freiheit vor staatlicher Unterdrückung zum Kern ihres politischen Denkens. Als erste Frau auf einer dauerhaften Professur im damals weltweit bedeutendsten politikwissenschaftlichen Institut, der School of Government an der Harvard Universität, war sie Mitglied eines Zirkels politischer Denkerinnen und Denker, die die politische Philosophie des 20. Jahrhunderts wesentlich prägten. Dazu gehörte auch ihr Freund Michael Walzer. Allerdings lehnte Shklar die Haltung von Walzer zur Geltung universeller Menschenrechte fundamental ab. Dessen Betonung von Gruppenrechten und Identität vernachlässige, dass gerade

---

20 Shklar, *Liberalismus der Furcht*, S. 63.

deren übersteigerte Ausprägung und Durchsetzung für die größten Schrecken des 20. Jahrhunderts verantwortlich sei.<sup>21</sup>

Die hier kurz umrissenen Positionen, für die Shklar und Walzer stehen und die mit den Begriffen »kosmopolitisch« und »kommunitaristisch« umschrieben werden<sup>22</sup>, markieren das rhetorische und legitimatorische Spannungsfeld, in dem militärische Auslandsinterventionen liegen. Der berühmte australische Politikwissenschaftler Hedley Norman Bull, Begründer der sogenannten Englischen Schule der Disziplin »Internationale Beziehungen«, hat eine ähnliche Unterscheidung in einem Essay mit dem Titel *The Grotian Conception of International Society* von 1966 im Hinblick auf die grundlegenden Visionen internationaler Ordnung getroffen: zwischen einer pluralistischen und einer solidaristischen Vision. Während für erstere in einer Welt unterschiedlicher Traditionen und Rechtsordnungen nur eine temporäre Übereinstimmung über grundsätzliche Zielvorstellungen möglich sei und Staaten letztlich über die Rechte von Individuen entscheiden, nehmen Solidaristen eine übergeordnete Werteordnung an und weisen individuellen Rechten eine höhere Wertigkeit als den Rechten von Staaten zu. Bull verband mit dieser Gegenüberstellung eine Warnung vor zu großen Hoffnungen auf eine solidaristische Welt. Gerade in ihr könnten hehre Ziele wie eben Menschenrechte oder kollektive Sicherheit zu einer Entgrenzung der Gewalt führen. Die Attraktivität der solidaristischen Option steigt jedoch deutlich an, wenn sie verknüpft wird mit den großen Menschheitsbedrohungen wie Klimakrise, Umweltzerstörung oder Pandemie. Diese den Staat transzendierenden Bedrohungen erfordern ebenso, wenn auch weniger extrem, die Einschränkung der Selbstbestimmung wie die Verhinderung von Genoziden. So schrieb Nicholas Wheeler, Autor eines grundlegenden Werks zu humanitären Interventionen: »Ein höchster humanitärer Notfall (*supreme humanitarian emergency*) rechtfertigt die Intervention, wenn es sich um eine gerechte Sache handelt, die Gewaltausübung das letzte Mittel ist, wenn diese proportional ist und reelle Chancen auf Erfolg hat.«<sup>23</sup> Eine klare Definition für eine Schwelle, an der militärisches Eingreifen unabdingbar wird, ist aber auch dies nicht, denn leider sind

---

21 Zur ihrer grundsätzlichen Kritik an Walzer vgl. »Das Werk Michael Walzers«, in: Shklar, *Verpflichtung, Loyalität, Exil*, S. 55–77.

22 Die aktuelle Debatte zwischen kosmopolitischem und kommunitaristischem Denken zu den Grenzen von Gemeinschaft in einer globalisierten Welt mit zunehmendem Populismus wird nachgezeichnet in: de Wilde u. a. (Hg.), *The Struggle over Borders*.

23 Wheeler, *Saving Strangers*, S. 33 (eigene Übersetzung; alle folgenden Zitate aus nicht-deutschen Quellen wurden, soweit nicht anders angegeben, vom Autor übersetzt).

alle diese Kriterien höchst subjektiv. Die Intentionen der Intervenierenden sind unklar; ob nicht andere Mittel doch wirkungsvoller wären, ist grundsätzlich umstritten; die Proportionalität ist Interpretationssache, und die Erfolgchancen sind von Zufällen abhängig. Rechtfertigungen von Interventionen bleiben somit unausweichlich kontrovers.

## **Menschenrechte und Staatenrechte als Legitimation für Interventionen**

Das vorliegende Buch zeichnet diese Kontroversen im internationalen Vergleich nach. Wie wandelten sich im Laufe der Geschichte die Motive und Begründungen für Auslandsinterventionen? Welche Konflikte und Widersprüche tauchten immer wieder auf? Welche Faktoren waren verantwortlich für die »Erfolge« und »Misserfolge« von Interventionsbegründungen? Deutlich wird, dass immer eine Mischung unterschiedlicher Motive vorliegt. Ziel von Auslandsinterventionen ist es, Sicherheit durch ihren Export herzustellen. Diese Sicherheit kann der betroffenen Gesellschaft und den dort lebenden Individuen zugutekommen (Typus humanitäre Intervention). Sie kann aber auch der Stabilität einer Region dienen, und damit der kollektiven Sicherheit der Staaten. Dies sind die beiden grundsätzlichen »altruistischen« Zielrichtungen hinter Auslandsinterventionen. Die eine legt den Fokus auf die Sicherheit der Staatenwelt, auf die Stabilität der internationalen Ordnung, auf kollektive Sicherheit. Die andere betont die Wahrung massiv gefährdeter individueller und gruppenspezifischer Rechte, d. h. den Bereich der sogenannten humanitären Intervention. In der Literatur werden sie meist getrennt behandelt, aber wie dieses Buch zeigt, hängen beide Motive in der Regel eng zusammen. Es wird deutlich werden, dass es zeitliche Konjunkturen in diesen Interventionsbegründungen gibt, ebenso aber, dass beide eng verknüpft sind. Diese Verknüpfung macht die Debatte über militärische Interventionen so komplex.

Es entsteht ein grundsätzliches Dilemma, welches die Beurteilung von Interventionen noch weiter erschwert. Eine zentrale Problematik bei der Legitimation humanitärer Interventionen ist, wie erwähnt, das Problem, dass immer auch andere Motive damit verbunden sind. Dies ist schon aus Gründen der politischen Praxis unausweichlich, denn ein rein humanitär motiviertes Eintreten in einen bewaffneten Konflikt wirft für seine Rechtfertigung in Gesellschaften und bei den Entscheidungseliten enorm hohe Hürden auf. Deshalb sind immer unterschiedliche Eigen-

interessen, wie Terrorismusbekämpfung, wirtschaftliche Motive, Einflussssicherung, mit im Spiel. Zudem können auch scheinbar ausschließlich humanitäre Interventionen als kollektive Sicherheitsoperationen verstanden werden: Denn die Ereignisse, auf die sie reagieren, stellen eine Bedrohung für ein kollektiv mehr oder weniger umfassend geteiltes Wertesystem dar. So sind in der Praxis immer beide Elemente – die kollektive Sicherheit der Staaten und die individuelle Sicherheit der Staatsangehörigen – miteinander verknüpft. Damit ergibt sich allerdings ein unausweichlicher Widerspruch und Konflikt. Denn der humanitären Intervention geht es zentral um Individuen und Gruppenrechte, und sie erfordert eine erhebliche Einschränkung staatlicher Autonomie; der kollektiven Sicherheit geht es um die Rechte von Staaten und die Stabilität des Staatensystems, die durch die staatliche Souveränität garantiert wird (vgl. Tabelle 1). Die Grundprinzipien »Menschenrechte« und »Souveränität« treten damit potenziell in einen schwer auflösbaren Konflikt. Bedrohte Menschen zu retten kann zur Konsequenz haben, dass Staaten nachhaltig destabilisiert werden. Staaten und das regionale und internationale System zu stabilisieren führt sehr häufig zu eklatanter Vernachlässigung der Menschenrechte. In diesem Dilemma liegt der Kern der Rechtfertigungsproblematik, die nur unzureichend verstanden werden kann, wenn, wie im Großteil der Forschung über die Legitimität von Auslandsinterventionen (und auch ganz allgemein in der Debatte über Interventionen), nur einer dieser beiden Komplexe betrachtet wird.

Tabelle 1 Humanitäre Interventionen und kollektive Sicherheit

	Friede zwischen und Schutz von Staaten	Friede innerhalb von Staaten/ Schutz von Individuen und Gruppen
Zweck	Kollektive Sicherheit	Menschenrechte
Mittel	Souveränität	Verbindliche grenzüberschreitende Normen

## Interventionen und Identitätsstiftung

Wie gehen unterschiedliche Staaten mit diesen Widersprüchen um, gerade auch angesichts der Tatsache, dass die Interventionen selten Enthusiasmus in der eigenen Bevölkerung auslösen? Gibt es westliche und nichtwestliche Sichtweisen, und weshalb sind manche Staaten so viel

»nterventionsfreudiger« als andere Staaten vergleichbarer Größe? Wie lässt sich das Auf und Ab von interventionistischen und antiinterventionistischen Phasen in unterschiedlichen Epochen erklären? Der erste Teil dieses Buchs widmet sich diesen Fragen anhand der Entwicklung des Instruments der Auslandsintervention und anhand der damit einhergehenden Debatten. Der zweite Teil konzentriert sich vergleichend auf innerstaatliche Interventionsdebatten. Er untersucht, welche Begründungen unterschiedliche staatliche Gesellschaften für oder gegen Interventionen entwickelten. Der Fokus auf Staaten ist dadurch gerechtfertigt, dass letztlich innerstaatliche Aushandlungsprozesse darüber entscheiden, ob Interventionen stattfinden oder nicht. Denn in ihnen wird über deren Rechtfertigung gerungen und damit der Spielraum für die erfolgreiche Durchsetzung und die Dauer einer Intervention wesentlich bestimmt. Wie die Darstellung der Entwicklung und des Schicksals der globalen Norm der Schutzverantwortung zeigt, ist es nicht gelungen, eine global akzeptierte Interventionsgemeinschaft zu gründen, mit festen Regeln und Bedingungen für und gegen eine Intervention. Und selbst wenn es in der Vergangenheit eine international abgestimmte Einigung gab, dann lag die Durchführung der Intervention sowie das Tragen der Kosten weiterhin in der Verantwortung von Staaten. Und dies führt letztlich zum zentralen Argument dieses Buchs: Die Rechtfertigung von Interventionen hängt von der kontinuierlich umstrittenen Selbstbeschreibung einer Gesellschaft ab. Sie hängt davon ab, wie diese Gesellschaft auf der Basis historischer Narrative ihr Verhältnis zu anderen Gruppen konstruiert. Die Zustimmung oder Ablehnung hat somit wenig mit den Zuständen in dem Gebiet zu tun, in dem interveniert wird, sie hängt vielmehr davon ab, wie ein (meist staatliches) Kollektiv seine Verantwortung, seine internationale Aufgabe, seine »Mission« definiert.

Der Historiker Jürgen Osterhammel wies darauf schon 2001 in einem Essay hin: »[...] wo spielen Perzeptionen und Repräsentationen, Feindbilder und ›kulturelle‹ Konstruktionen von Souveränität und Erlösungsbedürftigkeit eine größere Rolle als in der Sphäre des Internationalen und Interkulturellen, besonders in seiner Zuspitzung im Phänomen der Intervention?«<sup>24</sup> Die Rolle von Identität und den entsprechenden Narrativen ist gerade in den letzten drei Jahrzehnten zentrales Thema der politikwissenschaftlichen Forschung zu internationalen Beziehungen geworden. Forscher und Forscherinnen wie David Campbell,

---

24 Osterhammel, »Krieg im Frieden«, S. 289.

Roxanne Doty oder Lene Hansen haben gezeigt, wie durch die Konstruktion von imaginierten Gemeinschaften des Selbst und des fremden ›Anderen‹ Identitäten mobilisiert werden und gleichzeitig ein diskursiver Möglichkeitsraum geschaffen wird, der bestimmte Handlungen legitimiert und andere de-legitimiert.<sup>25</sup> Die Akzeptanz und Geltung eines so gravierenden sicherheitspolitischen Schritts wie einer Auslandsintervention hängt von ihrer kommunikativen Begründung ab, wie auch Jürgen Habermas, stellvertretend für viele andere, festgestellt hat.<sup>26</sup> Dieses Buch hat nicht den Anspruch, zur Theoriebildung im ausgesprochen dynamischen Forschungsfeld der Rolle von Identitäten in der internationalen Politik beizutragen, es zeigt aber anhand zahlreicher Beispiele, wie über gesellschaftlich umstrittene Narrative außenpolitische Identitäten geformt werden und gegebenenfalls militärische Auslandseinsätze denkbar gemacht werden.

Wenn man sich mit militärischen Auslandsinterventionen beschäftigt, dann ist verwunderlich, wie wenig bei den meisten intervenierenden Staaten aus der Geschichte früherer Beispiele gelernt wurde. Unter dem Eindruck der jeweiligen Situation, die schnelles Handeln erfordere, da ansonsten unvorhersehbare Konsequenzen drohen, werden die langfristigen Folgen und auch die schon seit Langem bekannten Widersprüche des Instruments der militärischen Auslandsintervention oft nicht bedacht. Gerade weil es meist nicht um rationale, kühl kalkulierte Abschätzung von Optionen und Konsequenzen geht, scheitern Auslandseinsätze so häufig. Sicher: Jede Krise ist für sich genommen einzigartig, aber es gibt immer wiederkehrende Grundmuster. Deren Kenntnis kann helfen, pauschale Einstellungen zu hinterfragen. Gerade Deutschland kann aus einer Geschichte der militärischen Auslandsinterventionen wertvolle Lehren ziehen. Diese erlaubt auch einen neuen Blick auf die Entwicklung der internationalen Politik insgesamt. Kaum ein anderes Phänomen zeigt so eindringlich, wie sich Einschätzungen darüber ändern, was legitime und nichtlegitime Verhaltensweisen in den gegenseitigen Beziehungen der Nationen sind. Die Vorstellungen, ab wann ein militärischer Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines anderen Herrschaftsgebiets erlaubt sei, wandelten sich unablässig im

---

25 Für eine frühe, richtungsweisende Formulierung: Hopf, *Social Construction of International Politics*. Vgl. auch das Forschungsprogramm zu ontologischer Sicherheit in der Disziplin »Internationale Beziehungen«, z. B. Kinnvall/Mitzen, »Introduction: Ontological Securities in World Politics«.

26 Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*.

Lauf der Jahrhunderte. Diese grundlegenden Ideen sind konstitutiv für die internationale Ordnung.<sup>27</sup> In diesem Sinne ist das vorliegende Buch auch eine Reflektion über die seit jeher umstrittenen Vorstellungen von Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit im Umgang der Staaten untereinander und darüber, wie Gesellschaften sich selbst im Verhältnis zu anderen sehen.

---

27 Simon/Brock, *The Justification of War and International Order*, S. 3.

# Inhalt

Einleitung.	
Deutungskämpfe um militärische Auslandsinterventionen	7
<b>I</b> Von den Kreuzzügen bis zum Dreißigjährigen Krieg: Die religiösen Wurzeln militärischer Auslandsinterventionen	26
<b>II</b> Die »Erfindung« staatlicher Souveränität und militärische Auslandsinterventionen	37
<b>III</b> Mächtegleichgewicht, europäisches Konzert und kollektive Sicherheit: Militärische Auslandsinterventionen im frühen 19. Jahrhundert	43
<b>IV</b> Die Erfindung der humanitären Intervention	61
<b>V</b> Intervention und Nichtintervention im Zeitalter der Weltkriege	78
<b>VI</b> Militärische Auslandsinterventionen im Zeitalter des Kalten Kriegs	92
<b>VII</b> Globale Schutzverantwortung 1989 bis 2009: Von der Friedenssicherung zur Interventionsverpflichtung?	105
<b>VIII</b> Die Rechtfertigung militärischer Auslandseinsätze in Afrika und Asien	130
<b>IX</b> Der neue Anti-Interventionismus	170
<b>X</b> Macht und Mission: Die militärischen Auslandsinterventionen der USA	182
<b>XI</b> Die Verantwortungsrepublik: Die Deutschen und militärische Auslandsinterventionen	299

<b>XII</b>	»La Vocation«:	
	Frankreich und militärische Auslandsinterventionen	422
<b>XIII</b>	Fazit	454
	Literaturverzeichnis	462

## **Zum Autor**

Hubert Zimmermann ist Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Für Jessica, Xaver und Quirin

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.hamburger-edition.de](http://www.hamburger-edition.de)

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin  
Satz aus Alegreya Serif und Sans durch Dörlemann Satz, Lemförde  
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-86854-381-0  
1. Auflage September 2023